

SWR2 Wissen: Aula

## **Die Qual der Wahl? – Perspektiven auf das Hochamt der Demokratie**

Von Felix Heidenreich

Sendung vom: Sonntag, 25. Juli 2021, 8.30 Uhr

Redaktion: Ralf Caspary

Produktion: SWR 2021

**Am 26. September 2021 sind Bundestagswahlen. Von einer Schicksalswahl ist die Rede. Doch viele Menschen sind wahlmüde. Dabei kommt es gerade jetzt darauf an, diesen zentralen Baustein der Demokratie wieder zu entdecken.**

---

### **Bitte beachten Sie:**

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

---

SWR2 können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter [www.SWR2.de](http://www.SWR2.de) und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören.

---

### **Die SWR2 App für Android und iOS**

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...

Kostenlos herunterladen: [www.swr2.de/app](http://www.swr2.de/app)

## MANUSKRIFT

### Anmoderation:

Mit dem Thema: „Die Qual der Wahl? – Perspektiven auf das Hochamt der Demokratie“. Am Mikrofon: Ralf Caspary.

Am 26. September sind Bundestagswahlen, und seit Wochen ist die politische Lage aufgeheizt: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hatte vor einer „Schlamm Schlacht“ im Wahlkampf gewarnt. Politikwissenschaftler befürchten eine Art Wahlkampf, bei dem es weniger um Inhalte geht, sondern darum, die Reputation einer Partei, eines Politikers oder einer Politikerin zu beschädigen.

Diese Art des Wahlkampfes hat längst begonnen, siehe die Kritik an Annalena Baerbock, Kanzlerkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen, wegen ihres angeblich geschönten Lebenslaufs oder ihres Buchs; siehe die immer wieder aufflammende Kritik an dem Kanzlerkandidaten der Union, Armin Laschet, der zuletzt gescholten wurde, weil er bei einem Pressetermin in den Katastrophengebieten gelacht hatte.

Wenn sich diese Art des Wahlkampfes durchsetzen sollte, dann wäre verständlich, warum so viele Bürger und Bürgerinnen über Wahlmüdigkeit und Politikverdrossenheit klagen. Deshalb kommt es gerade jetzt darauf an, die Wahl als zentralen Baustein der Demokratie wieder zu entdecken, bei allen Nachteilen eines eventuellen schmutzigen Wahlkampfes.

Hören Sie dazu einen Vortrag des Politikwissenschaftlers Felix Heidenreich von der Universität Stuttgart.

### Felix Heidenreich:

Gehen Sie wählen? Diese Frage soll keineswegs indiskret sein. In Deutschland muss man nicht wählen gehen – und viele tun es auch nicht. Aber die Frage drängt sich in diesem Sommer natürlich auf. Schon jetzt wirft die Bundestagswahl ihre Schatten voraus. Die Parteien haben ihr Spitzenpersonal vorgestellt, die Wahlprogramme sind verabschiedet. Schon bald werden wir nur noch schwer dem Getöse des Wahlkampfes entgehen können. Die Wahlen zum Deutschen Bundestag werden, so wird uns erklärt, die Weichen für die kommenden Jahrzehnte stellen. Von einer Schicksalswahl ist vielerorts die Rede, und diese so oft benutzte Formel trifft dieses Mal zweifellos zu. Aber ist nicht jede Wahl eine Schicksalswahl? Sind Wahlen nicht *immer* wichtig?

Viele sehen das anders. Viele Bürgerinnen und Bürger bezweifeln, dass die Wahl von Repräsentantinnen und Repräsentanten der beste Mechanismus zur Erarbeitung kollektiv bindender Entscheidungen ist. In der politischen Theorie und Philosophie gibt es sogar eine ganze Bandbreite von alternativen Vorschlägen. Vor allem die Praxis der Bürgerräte findet immer mehr Anhänger. In diesen Formaten werden per Losverfahren repräsentativ zusammengestellte Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern versammelt. Diese debattieren unter Anleitung von Expertinnen und

Experten mögliche Antworten auf aktuelle Herausforderungen. Ursprünglich aus Kanada kommend findet dieses Modell immer öfter Anwendung, in Irland, in Frankreich und auch in Deutschland. Der „Bürgerrat Demokratie“ diskutiert seit September 2019 über mögliche Reformen und erarbeitete umfassende Vorschläge. Sind Wahlen also ein Auslaufmodell? Sind sie antiquiert, veraltet, ein bloßer Anachronismus? Was erwarten wir uns eigentlich von Wahlen? Und sind diese Erwartungen auch angemessen?

Um auf diese Fragen zu antworten will ich Sie in den kommenden rund 30 Minuten auf einen ideengeschichtlichen und demokratietheoretischen Spaziergang mitnehmen. Dabei will ich drei Stationen abschreiten: Ich werde zunächst erläutern, wann und wie unsere moderne Vorstellung von Wahlen entstanden ist und welches Versprechen die Idee der gleichen, freien und geheimen Wahl eigentlich formuliert. Zweitens will ich kurz skizzieren, warum die Praxis der Delegation politischer Entscheidungen an gewählte Repräsentanten so stark in die Kritik geriet. Hat die Wahl als Entscheidungsmechanismus tatsächlich versagt? Geben wir unsere Stimme beim Wählen tatsächlich „ab“, also weg? Und abschließend will ich versuchen zu zeigen, warum die Allermeisten eben doch aus guten Gründen wählen gehen und warum – bei aller Skepsis gegenüber dem Lärm des Wahlkampfes – wir uns eine Demokratie ganz ohne Wahlen nicht vorstellen können. Ob Sie nach diesem Spaziergang anders über Wahlen denken? Wir werden sehen...

### **Die Geschichte der Wahlen**

Beginnen wir mit einem kleinen Umweg: Die antike attische Demokratie kannte unsere moderne Form der Wahl nicht. Zur Blütezeit der Demokratie in Athen wurde die „Selbstregierung des Volkes“ ganz wörtlich verstanden. Dieses Sich-Selbst-Regieren betraf wohlgerneht nur männliche Vollbürger, also eine kleine Minderheit der in Athen lebenden Menschen. Schon allein deshalb hat sie wenig mit unseren Demokratievorstellungen zu tun. Wichtiger ist aber wohl, dass die Rollendifferenzierung zwischen Bürgern und Politikern nicht bekannt war. Ämter wurden rotierend durch Los vergeben, alle konnten in der Volksversammlung das Wort erheben. Es gab keine „Abgeordneten“ in unserem modernen Sinne, denn das Los konnte, zumindest prinzipiell, jeden treffen. Der Zufall sollte echte Egalität unter den Bürgern gewähren und zugleich sicherstellen, dass sich keine klügelnden Eliten herausbildeten.

In kleinem Umfang hat diese Vorstellung einer „Selbstregierung“ im wortwörtlichen Sinne überlebt. Im Schweizer Kanton Glarus beispielsweise entscheidet die Vollversammlung der Bürgerinnen und Bürger, die sogenannte Landsgemeinde, über wichtige Fragen des Zusammenlebens. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat hier grundsätzlich das Recht, das Wort zu ergreifen. Die Landsgemeinde erlässt Gesetze, entscheidet über die Besteuerung auf kantonaler Ebene und wählt kantonale Richterinnen und Richter. Erstaunlicherweise funktioniert dieses Verfahren recht gut und die Debatten ufern nicht aus, wie man vielleicht befürchten könnte. In der Regel sind die Wortbeiträge zu den jeweiligen Themen, die in Glarus „Traktandum“ heißen, sachbezogen und nicht unangemessen lang. Obwohl hier jede Bürgerin und jeder Bürger Änderungsanträge stellen kann, verstrickt sich die Landsgemeinde nicht in unendliche Debatten, sondern kommt in der Regel halbwegs zügig durch die Tagesordnung. Abgestimmt wird durch das Heben der Wahlberechtigungskarte.

Nun zeigt ein Blick in die Traktandenliste, dass auf dem Zaunplatz in Glarus viele Fragen entschieden werden, die man anderorts in einem Gemeinderat behandeln würde. Etwas ketzerisch könnte man sagen, dass es im übersichtlichen und durchaus wohlhabenden Glarus eben gar nicht so viel zu entscheiden gibt. Für große Flächenländer und moderne bevölkerungsstarke politische Gemeinwesen ist die unmittelbare Selbstregierung indes schlicht nicht praktikabel: Wir können nun mal nicht 80 Millionen Deutsche auf einem Platz versammeln, auch nicht in einem virtuellen Chatroom. In allen modernen Demokratien dominiert daher das Prinzip der politischen Repräsentation: Bürgerinnen und Bürger regieren sich selbst nicht unmittelbar, sondern vermittelt über gewählte Vertreterinnen und Vertreter.

Es lohnt noch einmal in jene historische Epoche zurückzublicken, in der dieses Prinzip der Mandatierung durch Wahlen durchgesetzt und damit die repräsentative gewissermaßen Demokratie erfunden wurde. Bernard Manin, ein aus Frankreich stammender und in New York lehrender Politikwissenschaftler, hat in seiner großen Studie über die Entstehung der modernen Konzeption politischer Repräsentation gezeigt, dass Wahlen zunächst als Fortsetzung aristokratischer Willensbildung verstanden wurde.<sup>1</sup> Im Gegensatz zu den antiken Losverfahren, sollte die Wahl die „Besten“ (so die wörtliche Übersetzung von *aristoi*) an die Macht bringen.

In der Frühphase repräsentativer Demokratie herrschte das Zensuswahlrecht: Es waren keineswegs alle wahlberechtigt, sondern zunächst nur wohlhabende weiße Männer. Zudem haben wir es mit Gesellschaften zu tun, in denen ein gigantisches Bildungsgefälle herrschte: Analphabetismus war weit verbreitet, eine allgemeine Schulpflicht gab es noch nicht. Insofern bedeutet die Wahl politischer Eliten nur einen Wandel im Rekrutierungsmechanismus, aber keineswegs eine allgemeine Beteiligung an Politik: An die Stelle einer Erb-Aristokratie traten Honoratioren. In Großbritannien, dem „Mutterland des Parlamentarismus“, wurde das allgemeine Wahlrecht erst 1918 durchgesetzt. Frauen mussten allerdings über 30 Jahre alt sein und einen Mindestbesitz nachweisen, wirklich „allgemein“ wurde die Wahlberechtigung also auch durch den berühmten „Representation of the People Act“ von 1918 nicht.

Das Reformgesetz kündigt die „Repräsentation des Volkes“ (representation of people) an. Die Idee, dass das Volk durch Wahlen tatsächlich abgebildet werden soll, steht aber wie gesagt nicht am Anfang der „repräsentativen“ Demokratie. Im Gegenteil: Bei vielen Theoretikern (im 18. und 19. Jahrhundert fast ausnahmslos Männer) wird vor allem die Distanz akzentuiert, die im Wahlakt zwischen Wählern und Gewählten geschaffen wird: Gewählte sind eben etwas anderes als Wähler. Und diese Distanz wird zunächst immer größer, umso mehr das Wahlrecht im 19. Jahrhundert ausgeweitet wird. Hedwig Richter hat in ihrem Buch über die Geschichte der Wahlen zu zeigen versucht, dass diese Ausweitung des Wahlrechts nicht immer auf eine Nachfrage reagierte, sondern bisweilen *top-down* durchgesetzt wurde.<sup>2</sup> Wahlen, so Hedwig Richter dienten auch dazu, politischen Unmut in die passenden Bahnen zu lenken und die Bevölkerung zu disziplinieren. Natürlich reagierte man mit

---

<sup>1</sup> *Principes du gouvernement représentatif* (1995), Taschenbuchausgabe: Paris 2012. Eine deutsche Übersetzung erschien 2012 bei Matthes&Seitz in Berlin unter dem Titel *Kritik der repräsentativen Demokratie*.

<sup>2</sup> Hedwig Richter: *Moderne Wahlen: Eine Geschichte der Demokratie in Preußen und den USA im 19. Jahrhundert*, Hamburg 2017.

der Ausweitung des Wahlrechts, aber auch auf eine deutlich artikuliert Forderung der Arbeiterbewegung und der Frauenbewegung, der sogenannten Suffragetten.

Lange war der Wahlakt für die allermeisten Menschen die einzige Möglichkeit, sich überhaupt am politischen Geschehen zu beteiligen. Von einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft, als die das kontinentale Europa der Nachkriegszeit bisweilen gezeichnet wird, waren die Klassengesellschaften des 19. Jahrhunderts weit entfernt. Wahlen dienten nicht primär dazu, eine Distanz zu überbrücken, sondern diese zu legitimieren.

Entsprechend finden sich viele Belege für die Vorstellung, dass Gewählte durch die Wähler nicht einfach nur beauftragt werden, sondern mit einem freien Mandat versehen, das sie im Sinne der langfristigen aber durchaus auch im Widerspruch zu den kurzfristigen Interessen der Bevölkerung ausüben sollen.

Der englische Philosoph und Politiker Edmund Burke gilt als eine zentrale Gründungsfigur des Konservatismus. Für die Ideale der Französischen Revolution hatte er nur Hohn und Spott übrig. In einer berühmten Rede, die er 1774 in Bristol hielt, brachte Burke die Idee einer maximalen Ellenbogenfreiheit der Gewählten klar zum Ausdruck: Abgeordnete seien nicht nur dazu verpflichtet, fleißig zu sein, sondern eben auch ihre eigene Urteilskraft einzusetzen und die Interessen der Wähler auch gegen deren eigene flüchtige Meinungen zu vertreten.<sup>3</sup> Zugespitzt ausgedrückt: Burke war der Ansicht, dass manchmal die Gewählten besser wissen, was wirklich gut ist für die Wähler, als diese selbst.

Diese Idee klingt für unsere Ohren heute wie blanker Paternalismus. Woher sollen „die da oben“ besser wissen, was zu tun ist?, könnte man einwenden. Ist „die Politik“ nicht dazu da, dasjenige zu tun, was „das Volk“ – was immer das auch sein soll – eigentlich will? Soll Politik nicht „liefern“, wie ja immer wieder zu hören ist? Dann würden Gewählte im Wahlakt lediglich beauftragt, die Präferenzen der Wählerinnen und Wähler verzerrungsfrei abzubilden. Genau das funktioniert aber offenbar nicht so, wie es sich viele wünschen.

### **Eine Krise der demokratischen Wahl?**

Damit sind wir schon beim zweiten Schritt, bei einer Art Wahlmüdigkeit, einer Art Krise des Wählens in vielen etablierten Demokratien. Es ist doch erstaunlich, ja eigentlich unendlich traurig, dass in Hong Kong, Weißrussland oder der Russischen Föderation Menschen vor unseren Augen ihr Leben riskieren, um sich das Recht auf freie, geheime, faire Wahlen zu erkämpfen, während sich in Westeuropa eine Gleichgültigkeit, ja teilweise eine regelrechte Verachtung für Wahlen breitmacht.

Rührt dieser Frust über die Wahlen womöglich aus dem Gefühl, die Stimme „abzugeben“, die Distanz zu den Eliten zu vergrößern, am Ende eben doch nichts ändern zu können? Der belgische Historiker und Ethnologe David Van Reybrouck ist in Deutschland vor allem als Autor des eines preisgekrönten Buches über den Kongo bekannt. Von ihm stammt aber auch ein Essay mit dem vielsagenden Titel „Gegen

---

<sup>3</sup> “Your representative owes you, not his industry only, but his judgment; and he betrays, instead of serving you, if he sacrifices it to your opinion.”

Wahlen“.<sup>4</sup> Darin erklärt er, dass wir uns in einer Sackgasse befinden, wenn wir Wahlen und Demokratie für zwei Seiten einer Medaille halten. Die von Bernard Manin beschriebene Entwicklung hin zu einer repräsentativen Demokratie sei kein Ankommen, sondern nur eine Zwischenstation: Wer die Demokratie retten will, muss die dominante Rolle von Wahlen in Frage stellen, so David Van Reybrouck.

Dass heute die Idee einer legitimen Distanz zwischen Gewählten und Wählern unplausibel erscheint, hat sicher ganz verschiedene Gründe. Zwei Aspekte möchte ich kurz erwähnen, um zu erklären, wie sich unser Verständnis von Wahlen gewandelt hat und warum heute die Idee der Repräsentation durch Wahl – *aus strukturellen Gründen* – so kritisch gesehen wird.

Zum einen haben wir eine gigantische Bildungsexplosion erlebt. Im 19. Jahrhundert war für jeden Hafearbeiter aus dem Londoner East End völlig offensichtlich, dass „sein“ Abgeordneter im Unterhaus von vielen Dingen mehr verstand als er selbst. Das Kompetenzgefälle war unbestreitbar. Heute verfügen immer mehr Menschen über gute Schulabschlüsse, ja vielleicht sogar über ein Studium. Aus guten Gründen fühlen sich die Wählerinnen und Wähler ähnlich kompetent wie die Mandatsträger. Alltäglich werden wir aufgefordert, uns unsere eigene Meinung zu bilden, selbst zu denken, den eigenen Verstand im Sinne der Aufklärung selbst zu benutzen. Die Bürgerinnen und Bürger sind viel mündiger geworden als das zu Beginn der repräsentativen Demokratie der Fall war – und daher passen unsere ererbten Begrifflichkeiten nicht mehr vollends zu unserer politischen Realität. Wir stehen heute nicht mehr als Analphabeten politischen Vertretern gegenüber, die uns haushoch überlegen sind. Wenn die politischen Eliten sich dann noch in erster Linie durch Erfolg in parteiinternen Rekrutierungsmechanismen qualifizieren und sich womöglich keinerlei Meriten außerhalb der Politik erarbeitet haben, wird die Idee einer „Auswahl der Besten“ durch Wahlen unglaubwürdig. Manche sprechen gar von einer „Negativauslese“ durch die parteiinternen Verfahren.

Hinzu kommt zweitens die Veränderung des sozialen Kontextes: Unsere Gesellschaften haben nicht nur eine gigantische Bildungsexplosion durchlaufen, sondern auch einen Medienwandel, der jede Aussage nachprüfbar, jede Meinung relativierbar und bald auch jedes offizielle Dokument einsehbar macht. Kommt eine Abgeordnete heute in ihren Wahlkreis, um über ein bestimmtes Thema zu berichten, muss sie damit rechnen, dass ihre Aussagen parallel auf dem Smartphone überprüft und eventuell öffentlich korrigiert werden. Kein Versprecher, kein sachlicher Fehler, keine unbedachte Bemerkung verschwindet aus den Archiven des Internet. Auch der Medienwandel lässt die Idee eines Kompetenzgefälles immer unplausibler erscheinen.

Vor diesem Hintergrund wird es für politische Repräsentanten immer schwieriger, gegen eine dominante öffentliche Meinung zu entscheiden. Es besteht die Gefahr, dass die Gewählten die WählerInnen stets über Umfragen im Auge behalten und dann der öffentlichen Meinung lediglich hinterherlaufen, statt diese aktiv zu formen oder sie argumentativ herauszufordern. Von Burkes Vorstellung einer Wahlaristokratie sind wir dann weit entfernt, weil die politischen Eliten sich nicht

---

<sup>4</sup> Die deutsche Übersetzung von Arne Braun erschien 2016 im Wallstein Verlag: *Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist*, Göttingen 2016.

mehr trauen, auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen oder gar bittere Medizin zu verschreiben. Die wahren „Herren“ sind dann die zuschauenden Bürger\*innen, die „Knechte“ sitzen im Parlament und müssen verzweifelt versuchen, was unmöglich ist: es irgendwie allen oder zumindest möglichst vielen recht zu machen. Dann dort Politik aber unehrgeizig zu werden, es wird verwaltet und nicht gestaltet, schwierige Themen werden vertagt oder – wie man so schön sagt – „ausgesessen“.

Vielleicht helfen diese Überlegungen, um die strukturellen Herausforderungen besser zu verstehen, die dazu beitragen, dass in vielen Fällen das Verhältnis zwischen Wahlvolk und Gewählten durch Irritation geprägt ist. Viele sind offenbar der Ansicht, dass Wahlen nicht der richtige Mechanismus sind, um aus der Zuschauerrolle herauszukommen. Bei den Wahlen zum Landtag in Sachsen-Anhalt im Juni sank die Wahlbeteiligung auf rund 60 Prozent. Zählt man nun noch die Stimmen hinzu, die für Parteien abgegeben wurden, die nicht im Landtag vertreten waren und auch keinerlei Aussicht hatten, in den Landtag einzuziehen, so ergibt sich ein Bild, das uns nachdenklich stimmen sollte: Annähernd die Hälfte aller Bürgerinnen und Bürger dieses Bundeslandes haben nicht für eine im Landtag vertretene Partei gestimmt, weil sie sich entweder ganz enthielten oder Kleinstparteien wählten. Ähnlich mau sieht bekanntlich die Wahlbeteiligung bei OB-Wahlen oder Gemeinderatswahlen aus.

Ein noch extremeres Beispiel finden wir, wenn wir kurz den Blick über den Rhein nach Frankreich wenden. Bei den Regionalwahlen im Frühling 2021 erreichte die Wahlenthaltung ein neues Rekordniveau. Bei der ersten Runde lag sie landesweit bei 66 Prozent, in der Region *Grand Est* gar bei 70 Prozent. Nur noch 30 Prozent gingen hier also wählen. Besonders bedenklich scheint die Entwicklung bei den jungen Wählerinnen und Wählern. Bei den 18- bis 24-Jährigen gaben in der ersten Runde nur noch 13 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Gerade die jungen Menschen, um deren Zukunft es geht, blieben in einer überwältigenden Mehrheit der Wahl fern. Was denken Menschen in Hong Kong oder Weißrussland, wenn sie von diesen Zahlen erfahren, so frage ich mich.

Nun kann man Wahlenthaltung auch durch ein rationales Kalkül erklären: Wer alles in allem ganz zufrieden ist und etwas Besseres zu tun hat, geht vielleicht aus Zufriedenheit nicht wählen. Vielleicht sind deutsche Bundesländer und noch viel mehr die Regionen in Frankreich zu wenig im politischen Bewusstsein verankert. Michel Barnier mutmaßte öffentlich, dass vielen Franzosen noch nicht ganz klar sei was eigentlich auf Ebene der Regionen entschieden werde. Zudem gibt es immer wieder Wahlen, in denen die Wahlbeteiligung auch in den etablierten Demokratien schlagartig nach oben schnellte, zuletzt beispielweise bei der Präsidentschaftswahl in den USA, bei der eine enorme Mobilisierung in beiden Lagern zu beobachten war.

Doch bei allen Argumenten, die wir zur Beruhigung auffahren können, sollte uns die Entwicklung doch zu denken geben. Es ist ja keineswegs so, dass die Bürgerinnen in Sachsen-Anhalt oder in Grand Est zufrieden sind oder sich nicht für Politik interessieren. Aber ganz offenbar scheint ihnen die Wahl von Parteien nicht mehr als geeignetes Mittel der Interessensartikulation. Sie wollen gehört werden, aber nicht ihre Stimme abgeben. Das ist nicht nur eine paradoxe Situation, sondern eine gefährliche Tendenz, denn eine Demokratie, in der die Menschen erst dann zu den Wahlurnen strömen, wenn wie in den USA das gesamte Gebäude wackelt, wird man nicht als stabil bezeichnen können. Parlamente brauchen auch so etwas wie

Generallegitimation durch hohe Wahlbeteiligung. In Deutschland können wir bei der Bundestagswahl mit einer hohen Wahlbeteiligung rechnen; und doch zeigen die aufgerufenen Beispiele, dass es gute Gründe gibt, die Idee der Wahlen gegen gewisse Verdächtigungen zu verteidigen.

### **Wahlen – unverzichtbar**

Und damit komme ich zum dritten Schritt: Können wir die Wahl – bei aller Kenntnis um ihre Beschränkungen, ihre Unzulänglichkeiten, ihre Probleme – als zentralen Baustein der Demokratie wiederentdecken? Natürlich leisten Wahlen nicht dasjenige, was Bürgerräte leisten, nämlich eine verzerrungsfreie Abbildung der Bevölkerung. In den Parlamenten dominieren die Akademiker, die eher wohlhabenden, diejenigen die sich das politische Engagement überhaupt leisten können, zeitlich und finanziell.

Das ist in Bürgerräten anders: Hier wird per Losverfahren eine im engeren Sinne „repräsentative“ Gruppe ausgewählt. Das von Emmanuel Macron in Reaktion auf die Gelbwesten-Protteste angeschobene Verfahren zur Klimapolitik, die sogenannte *convention citoyenne pour le climat*, zeigt, dass dabei kreative und recht weitreichende Ergebnisse erarbeitet werden können. Unter den 149 Vorschlägen finden sich so spektakuläre Ideen wie die Einschränkung von Werbung für klimaschädliche Produkte und Dienstleistungen. Ein solcher Vorschlag kann natürlich nur fern von allen Lobby-Organisationen der Werbewirtschaft entstehen. Das hätte sich wohl kein Parlament getraut, und wohl auch nicht die Landsgemeinde in Glarus.

Und doch werden die Gesetze ja immer noch in Parlamenten gemacht. Auch die vom Berliner Bürgerrat derzeit erarbeiteten Vorschläge müssen am Ende durchs Parlament. Und wie dieses Parlament zusammengesetzt ist, ist hochgradig relevant.

Zu den weit verbreiteten Mythen gehört die Vorstellung, heute glichen sich alle Parteien, es seien gar keine Unterschiede mehr zu erkennen, es handele sich um „elections without choice“, Wahlen ohne echte Wahlmöglichkeit. Es reicht, verschiedene Demokratien zu vergleichen, um zu sehen, dass politische Entscheidungen auch komplexe, ausdifferenzierte Gesellschaften sehr stark formen. Vergleicht man die USA mit Dänemark, so sieht man, dass es einen riesigen Unterschied macht, ob man für einen ausgebauten Sozialstaat, hohe Spitzensteuersätze, ein sehr gut ausgestattetes staatliches Schulsystem und zahlreiche Mechanismen der sozialen Kohäsion votiert – oder eben nicht. Ob man das eigene Land eher in Richtung Dänemark oder in Richtung USA verändert sehen will, mag sich an individuellen Präferenzen entscheiden. Fest steht jedenfalls: Jede Wahl ist diesbezüglich eine Richtungsentscheidung, in die eine oder andere Richtung.

Auch im deutschen parlamentarischen System, in dem Koalitionen nötig sind, um Regierungen ins Amt zu wählen, macht es einen Unterschied, wer mit wem koalitiert. Auch bei den französischen Regionalwahlen ging es um etwas: Um mehr öffentlichen Nahverkehr oder weniger, um mehr sozialen Wohnungsbau oder weniger etc. Das Gerücht, Wahlen hätten ohnehin keinen Einfluss, die wahren Entscheidungen würden woanders getroffen, ist schlicht falsch. Eine zentrale Funktion des Wählens besteht immer auch in der Möglichkeit des Abwählens. Nicht nur Gewählte auszusuchen, sondern sie auch wieder loswerden zu können, gehört zu den Mindestanforderungen an Demokratie.



Gerade diese realistische Chance auf ein Abwählen hat in den letzten Bundestagswahlen gefehlt; es war erkennbar, dass es nur um die Umstrukturierung von Koalitionen, nie um eine vollständig neue Regierung gehen würde. Sicher hat auch dieser Umstand zur Frustration vieler Bürgerinnen und Bürger beigetragen.

Doch neben diesen pragmatischen Überlegungen gibt es noch ein eher symbolisches Argument für die Wahlbeteiligung. Wer wählt, signalisiert damit, dass er sich für das Gemeinwohl verantwortlich fühlt – zumindest in minimalem Maße. Auch diese symbolische Dimension des über so viele Generationen erkämpften Wahlrechts sollte man nicht ausblenden. Auch hier lohnt ein Blick in die Geschichte der Wahlen. Im 19. Jahrhundert waren Stimmenkauf und der Ausschank von hochprozentigem Alkohol in den USA ein recht übliches Verfahren. Ein zivilisierter, geschützter, vertrauenswürdiger Wahlvorgang ist keine Selbstverständlichkeit, sondern eine hart erkämpfte soziale Errungenschaft. In einer Zeit, in der die Demokratie global unter enormem Druck steht und autoritäre Regime versuchen, jede Form von Selbstregierung lächerlich zu machen, könnten wir das Wahlrecht als Privileg betrachten.

\*\*\*\*\*